

Griechenland: Drachmen-Abwertung und EWS-Teilnahme

Utl.: Erste Auswirkungen bei Konsumgütern wie Textilien und Nahrungsmitteln zu erwarten =

Wien (PWK) - Die am Wochenende vorgenommene Abwertung der griechischen Drachme um 13,8 Prozent wird sich auf die österreichischen Exporte vorerst nur bei Konsumgütern wie Textilien und Nahrungsmitteln unmittelbar auswirken. Ob eine Trendumkehr der im letzten Jahr um sechs Prozent gestiegenen Gesamtexporte nach Griechenland eintritt, hängt von der weiteren Wirtschaftsentwicklung ab. Von größter Bedeutung wird sein, ob die griechischen Unternehmen trotz des kaufkraftgeschwächten Binnenmarktes weiterhin in Investitionsgüter investieren, um den durch die Abwertung erhöhten Exportchancen Rechnung zu tragen, berichtet der österreichische Handelsdelegierte in Athen, Dr. Wilhelm Galathovics. ****

Mit der Abwertung hat die griechische Zentralbank dem seit Monaten anhaltenden Druck auf die Landeswährung nachgegeben. Die neue Wechselkursparität entspricht 357 Drs/ECU bzw. 25,66 Drs/ÖS. Gleichzeitig wurde die Drachme erstmals in das europäische Währungssystem eingegliedert.

Man nimmt an, daß die Drachme diesen Referenzkurs innerhalb des EWS vorerst halten können wird, umso mehr als erwartet wird, daß die europäischen Zentralbanken, allen voran die Deutsche Bundesbank, diskrete Stützungen vornehmen werden.

Aufgrund der hohen Importabhängigkeit auch bei Konsumgütern wird die Abwertung schon kurzfristig auf die Inflation durchschlagen. Man erwartet Preissteigerungen zwischen fünf und zehn Prozent.

Die Zinsen werden weiterhin - zumindest mittelfristig - relativ hoch bleiben, obwohl die Interbankrate von zuletzt 18 Prozent aufgrund des abgeschwächten Druckes auf die Drachme sinken wird. Die Regierung betont, daß die Abwertung und der Beitritt zum EWS ein weiterer Schritt hin zur Teilnahme an der Währungsunion im Jahre 2001 ist.

Davor liegt, so der Handelsdelegierte, allerdings noch ein hartes Stück Arbeit, da Griechenland bekanntlich bis jetzt keines der

Maastricht-Kriterien erfüllt. Die Regierung wird daher um weitere schmerzhaftere Reformen nicht herumkommen. Diese müssen insbesondere die Bereiche Arbeitsmarktliberalisierung, Neustrukturierung der hochdefizitären Staatsbetriebe samt nachfolgender Privatisierung sowie Reform des Sozialsystems und der staatlichen Verwaltung umfassen.

Um diese Maßnahmen durchzuziehen und die negativen Auswirkungen der Abwertung in Grenzen zu halten, ist die Mitarbeit oder zumindest das Stillhalten der Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung. Erste Kommentare aus Gewerkschaftskreisen lassen jedoch diese Haltung als nicht garantiert erscheinen, befürchtet Galathovics.

(Schluß) hp

Rückfragehinweis: Abteilung für Außenwirtschaft

Dr. Leopold Birstinger

Tel. 501 05 DW 4406

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0093 1998-03-16/11:18

161118 Mär 98

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980316_OTS0093